

# DOKUMENTATION UND ANALYSEN

## Die Präsidentschaftsvorwahlen der US-Demokraten 2008: Wie *Barack Obama* gegen *Hillary Clinton* gewann

Patrick Horst

„Dies ist die aufregendste Wahl, die wir seit langer Zeit haben, weil ein Schwarzer, ein außergewöhnlicher Mann, eine Person von enormen Talenten und Fähigkeiten, kandidiert, um unser Präsident zu werden. Und es kandidiert eine Frau, die höchste und härteste Glasdecke zu durchbrechen. Ich denke nicht, dass einer von uns beiden die Rassen- oder Geschlechterfrage in diesen Wahlkampf injizieren möchte.“ (*Hillary Clinton*)

Die Auswahl des Demokratischen Präsidentschaftsbewerbers in der ersten Jahreshälfte 2008 war in mancherlei Hinsicht bedeutender als die eigentliche Präsidentschaftswahl im Herbst: In den einzelstaatlichen Vorwahlen und Mitgliederversammlungen der Demokratischen Partei musste sich entscheiden, ob erstmals ein Schwarzer oder erstmals eine Frau als Kandidat einer der beiden großen amerikanischen Parteien ins Rennen um das höchste Amt der Vereinigten Staaten von Amerika geschickt würde. *Barack Obama* war zwar nicht der erste Schwarze und *Hillary Clinton* nicht die erste Frau, die sich um die Präsidentschaftskandidatur bewarben, aber sie waren beide die jeweils ersten ihrer „Art“, die als mehrheitsfähige Kandidaten, ja als klare Favoriten antraten. Diesen Favoritenstatus erlangt zu haben war vor dem Hintergrund der lange tradierten Rassen- wie Frauendiskriminierung in den USA bereits ein historischer Durchbruch. Die Faszination dieses Wettbewerbs innerhalb der Demokratischen Partei wurde noch dadurch gesteigert, dass sein Sieger aufgrund der extremen Unpopulärität des amtierenden Republikanischen Präsidenten *George W. Bush* und der sich lange ankündigenden Wirtschaftskrise mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zum nächsten Präsidenten der USA gewählt werden würde.<sup>1</sup>

Bei der Rekonstruktion dieses historischen Kandidatenwettbewerbs soll besonderes Augenmerk der Frage gelten, wie die beiden Kandidaten mit den jeweils für sie besonders gefährlichen, aber potenziell auch gewinnbringenden Tatsachen ihrer Hautfarbe (*Obama*) und ihres Geschlechts (*Clinton*) umgegangen sind. Lag in der „rassentranszendierenden“ Kandidatur *Obamas*, der aber zugleich seine schwarze Identität geschickt inszenierte, eine wesentliche Ursache für seinen Erfolg, während ein entscheidender Fehler  *Clintons* womöglich darin bestand, die Tatsache ihrer Weiblichkeit zu sehr kaschiert zu haben? Oder könnte es sein, dass *Clinton* als Frau, wie sie selbst mutmaßte<sup>2</sup>, das Opfer tief verwurzelter Benachteiligungen wurde, weil Sexismus in den USA immer noch salonfähig ist als Rassismus?

- 1 Vgl. Patrick Horst, Die Wahl Obamas zum 44. Präsidenten der USA, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 19. Jg. (2009), H. 1, S. 107 – 147.
- 2 Vgl. *Hillary Clinton* auf „Meet the Press“ vom 13. Januar 2008, <http://www.msnbc.msn.com/id/22634967/> (Abruf am 26. Januar 2009). Alle Übersetzungen in diesem Aufsatz stammen vom Verfasser.

## 1. Die Spielregeln

Das System zur Auswahl der Präsidentschaftskandidaten in der 2008 geltenden Form war das Ergebnis eines sukzessiven innerparteilichen Reformprozesses der Demokraten, der nach ihrem turbulenten Nationalen Parteikonvent 1968 in Chicago eingesetzt hatte. Im Jahre 1968 fand das alte System ein Ende, nach dem die (damals nur 15) Vorwahlen kaum Einfluss auf die Zusammensetzung der einzelstaatlichen Delegationen zum Parteikonvent hatten und es demzufolge für einen Kandidaten noch möglich war, unter Umgehung der Vorwahlen und mit der Unterstützung mächtiger einzelstaatlicher „Parteibosse“ direkt auf dem Konvent zum Präsidentschaftskandidaten gekürt zu werden. Auf Empfehlung der „*McGovern-Fraser-Commission*“ setzte das „Democratic National Committee“ (DNC) für den Auswahlprozess 1972 Mindeststandards innerparteilicher Demokratie durch. Seither dürfen die Einzelstaaten nur noch zwei basisdemokratische Verfahren anwenden, um Delegierte zu bestimmen: Vorwahlen („Primaries“) und Mitgliederversammlungen („Caucuses“). 1972 optierten 23 Staaten für Vorwahlen, über die 61 Prozent aller Konventsdelegierten ausgewählt wurden. Bis zum Jahre 2000 stieg die Zahl der Demokratischen Vorwahlen kontinuierlich bis auf 40 an, in denen 86 Prozent aller Delegierten bestimmt wurden. Nachdem die Zahl 2004 erstmals seit drei Jahrzehnten wieder zurückgegangen war<sup>3</sup>, wurde 2008 das Rekordniveau aus dem Jahre 2000 fast wieder erreicht: 38 Staaten (oder Territorien) entsandten ihre Delegierten zum Demokratischen Parteikonvent per „Primary“, 16 per „Caucus“ und drei Staaten über Mischsysteme beider Verfahren.<sup>4</sup>

Nach 1972 kam es in fast jedem Wahlzyklus zu weiteren Veränderungen im Auswahlverfahren, die entweder durch Reformen des DNC oder durch Entscheidungen der einzelstaatlichen Parteigliederungen ausgelöst wurden. 1976 wurde die proportionale Repräsentation anstelle des „Winner-Takes-All“-Prinzips bei der Zuweisung der Delegierten eingeführt; in ihren Genuss kamen Kandidaten, die mindestens 15 Prozent der Stimmen im Einzelstaat auf sich vereinigt hatten. Um den Vorwahlprozess abzukürzen, legte das DNC für 1980 ein Zeitfenster von drei Monaten (März bis Juli) fest, in dem alle Mitgliederversammlungen und Vorwahlen stattfinden mussten. Nur Iowa und New Hampshire erhielten die Erlaubnis, ihre Versammlungen oder Vorwahlen vor diesem Zeitraum abzuhalten. Von dem 1976 eingeführten Grundsatz fairer Repräsentation wich das DNC für 1980 wieder ab, indem es „Winner-Takes-All-Primaries“ auf Ebene der Kongressdistrikte zuließ und die ungebundenen „Superdelegierten“ einführte, die kraft Amtes am nationalen Parteikonvent teilnehmen dürfen.<sup>5</sup> 2008 gab es für jeden Einzelstaat fünf Typen Demokratischer Delegierter: die auf Distriktebene nach dem Mehrheitswahlrecht gewählten gebundenen Delegierten, die staatenweit nach Proportionalwahlrecht gewählten gebundenen Delegierten, Parteiführer der Einzelstaaten als gebundene und ungebundene Delegierte so-

3 Siehe zum gesamten Reformkomplex *L. Sandy Maisel / Mark D. Brewer*, Parties and Elections in America. The Electoral Process, Lanham 2008, S. 274 – 288, zu den Zahlenangaben S. 284.

4 *Richard E. Berg-Andersson*, The Green Papers. Presidential Primaries 2008 – Democratic Delegate Selection and Voter Eligibility, <http://www.thegreenpapers.com/P08/D-DSVE.phtml> (Abruf am 26. Januar 2009). Zusätzlich zu den 50 Einzelstaaten und dem District of Columbia beteiligen die Demokraten auch die Territorien American Samoa, Guam, Puerto Rico und Virgin Islands sowie die Auslandsdemokraten an ihrer Kandidatennominierung.

5 Siehe *L. Sandy Maisel / Mark D. Brewer*, a.a.O. (Fn. 3), S. 278 – 282.

wie die ungebundenen Superdelegierten.<sup>6</sup> Die Einzelstaaten wirkten auf den Auswahlprozess hauptsächlich dadurch ein, dass sie Iowa und New Hampshire ihre Rolle als Königsmacher streitig machten und an den Anfang der Vorwahlsaison drängten. Dieser Prozess des „Frontloading“ ist einer geordneten Kandidatenauslese abträglich, aber offensichtlich kaum aus der Welt zu schaffen. 1984 gab es den ersten „Super Tuesday“, 1988 den Versuch mehrerer Südstaaten, ihn zu einer regionalen Vorwahl umzugestalten<sup>7</sup>, und seit 1996 beschleunigte sich der Ansturm auf die vorderen Plätze in der Vorwahlsaison noch einmal.<sup>8</sup>

Das „Frontloading“ nahm 2008 fast schon bizarre Züge an: Auf immer frühere Termine drängten die Einzelstaaten, nur den eigenen Vorteil, nicht aber das Gesamtinteresse der Partei im Blick. Am Ende drängelten sich 22 (darunter Kalifornien und New York) auf den frühesten Termin am 5. Februar, dem diesmaligen „Super Tuesday“. Vor diesem Tag durften laut Beschluss des DNC nur Nevada seine Mitgliederversammlungen und South Carolina seine Vorwahlen abhalten, um für einen Ausgleich der geographisch und ethnisch einseitigen Repräsentation in Iowa und New Hampshire zu sorgen. Michigan und Florida hatten sich angesichts des Gedrängels am 5. Februar entschieden, ihre Vorwahlen noch weiter nach vorn in den Januar zu verlegen. Weil sie damit gegen den nationalen Parteibeschluss verstießen, entzog das DNC ihren Delegierten das Teilnahmerecht am Konvent. Die Präsidentschaftsbewerber einigten sich darauf, in beiden Staaten keinen Wahlkampf zu machen; *Barack Obama* erschien in Michigan nicht einmal auf dem Wahlzettel. Die Erwartungen der meisten Parteistrategen und der Kandidaten schien zu sein, dass die Entscheidung über den künftigen Präsidentschaftsbewerber ohnehin am „Super Tuesday“ gefallen sein würde.<sup>9</sup> Weil dem aber nicht so war, rückten sowohl die ungebundenen Delegierten, die 20 Prozent aller Delegierten auf dem Konvent ausmachten, als auch der unsichere Status der Delegierten aus Florida und Michigan wieder ins Blickfeld. Zudem gewann das ausgedünnte Ende des Vorwahlkalenders an Bedeutung. Der nächste größere Entscheidungstag nach dem 5. Februar lag erst am 4. März, als in Ohio und Texas große Kontingente an Delegierten zu vergeben waren. Von da an verstrichen gar sieben Wochen, bevor am 22. April mit Pennsylvania wieder ein „Battleground State“ seine Vorwahlen abhielt. 2008 hatte das „Frontloading“ den für die Demokraten unliebsamen Effekt, dass sich die Kandidatenauslese tatsächlich bis zum allerletzten Vorwahltag am 3. Juni hinzog und die Partei vor eine Zerreißprobe stellte.

6 Vgl. *Jason Bello / Robert Y. Shapiro*, On to the Convention!, in: *Political Science Quarterly*, 123. Jg. (2008), H. 1, S. 1 – 9, S. 3 f.

7 Vgl. *Harold W. Stanley*, Presidential Elections and the South, in: *Robert P. Steed / Laurence W. Moreland* (Hrsg.), *Writing Southern Politics. Contemporary Interpretations and Future Directions*, Lexington 2006, S. 219 – 239, S. 231 f.

8 Vgl. *Nelson W. Polsby / Aaron Wildavsky*, *Presidential Elections. Strategies and Structures of American Politics*, Lanham 2008, S. 113 – 131.

9 Siehe *Adam Nagourney*, Early Primary Rush Upends '08 Campaign Plans, in: *The New York Times* vom 12. März 2007; *Abby Goodnough*, Seeking an Edge, Florida Changes Its Primary Date, in: *The New York Times* vom 4. Mai 2007; *dies.*, Florida Democrats Affirm an Early Primary, in: *The New York Times* vom 24. September 2007.

## 2. Die unsichtbaren Vorwahlen

Vom „Frontloading“ der Vorwahlen wurde erwartet, dass es die einer nationalen Wählerschaft bekannten und mit üppigen Wahlkampfkassen ausgestatteten Kandidaten begünstigte. Das sind in der Regel auch diejenigen Kandidaten, die aus der „Invisible Primary“ siegreich hervorgehen. Diese „unsichtbare Vorwahl“ beginnt etwa zwei Jahre vor dem Wahltermin, also nach den „Midterm Elections“, und dauert bis zum Start der Vorwahlsaison an. In dieser Zeit kämpfen die Kandidaten um die Beachtung in den Medien, die Führung in den nationalen Meinungsumfragen, um Zusagen der ihrer Partei nahestehenden großen Geldgeber (die „Beverly Hills“ oder „Manhattan Primary“) und „Endorsements“ einflussreicher Politiker ihrer Partei. Die Unterstützung der nationalen und einzelstaatlichen Parteiführer erweist sich dabei am bedeutsamsten, weil sowohl das Geld als auch die Meinungsumfragen und die mediale Aufmerksamkeit den innerparteilichen Meinungsführern folgen.<sup>10</sup> Untersuchungen haben gezeigt, dass der Sieger in der unsichtbaren Vorwahl in fast allen Fällen am Ende auch von der Partei nominiert wird – zwischen 1936 und 1972 war dies in 17 von 20 Fällen so<sup>11</sup>, zwischen 1976 und 2004 in acht von elf Fällen. Nur *Jimmy Carter* 1976, *Michael Dukakis* 1988 und *John F. Kerry* 2004 waren vor dem Beginn der Vorwahlsaison nicht die unangefochtenen „Frontrunner“ in allen vier Kategorien.<sup>12</sup>

Zum Jahresende 2007 hatte sich bei den Demokraten eine klare Spitzenereiterin herausgeschält, die in allen vier Kriterien die Rangliste anführte: *Hillary Clinton*. In der Häufigkeit der medialen Berichterstattung (Print, Radio und Fernsehen) lag sie an erster Stelle vor *Barack Obama*, war aber – vor allem im konservativen „Talk Radio“ – einem deutlich negativeren Ton ausgesetzt als dieser.<sup>13</sup> In den nationalen Umfragen unter den Demokraten, wen sie am liebsten als Präsidentschaftsbewerber ihrer Partei sähen, hatte sie das gesamte Jahr hindurch – mit einer Ausnahme Anfang Juni – unangefochten geführt.<sup>14</sup> Genauso führte sie bis zum Ende des Jahres 2007 die Geldrangliste an; hier allerdings war ihr *Obama* dichter auf den Fersen als in den nationalen Meinungsumfragen. Beide hatten jeweils über 100 Millionen Dollar allein von Einzelpendlern eingenommen<sup>15</sup>, zusammen mit den Spendeneinnahmen von „politischen Komitees“ lag *Clinton* am Jahresende 2007 bei den Gesamteinnahmen mit 118,3 Millionen Dollar gegenüber *Obama* mit 103,8 Millionen Dollar vorne (siehe Tabelle 1). In der Geschichte US-amerikanischer Präsidentschaftswahlen hatte zu diesem Zeitpunkt nur ein Kandidat jemals mehr Wahlkampfspenden als *Clinton* oder

10 Vgl. *Marty Cohen / David Karol / Hans Noel / John Zaller*, The Invisible Primary in Presidential Nominations, 1980-2004, in: *William G. Mayer* (Hrsg.), The Making of the Presidential Candidates 2008, Lanham 2008, S. 1 – 38.

11 *Arthur Hadley*, The Invisible Primary, Upper Saddle River 1976, S. XIII.

12 *Marty Cohen / David Karol / Hans Noel / John Zaller*, a.a.O. (Fn. 10), S. 1.

13 Vgl. Project for Excellence in Journalism (PEJ), The Invisible Primary – Invisible No Longer. A First Look at Coverage of the 2008 Presidential Campaign, Washington D.C. 2007, S. 1 – 5.

14 Vgl. *William G. Mayer*, Handicapping the 2008 Nomination Races: An Early Winter Prospectus, in: The Forum, 5. Bd. (2008), H. 4, Art. 2, S. 6 f., <http://www.bepress.com/forum/vol5/iss4/art2> (Abruf am 20. September 2008).

15 *Clinton* 106, *Obama* 102 Millionen Dollar. Vgl. *David B. Magleby*, Rolling in the Dough: The Continued Surge in Individual Contributions to Presidential Candidates and Party Committees, in: The Forum, 6. Bd. (2008), H. 1, Art. 5, S. 3, <http://www.bepress.com/forum/vol6/iss1/art5> (Abruf am 20. September 2008).

**Tabelle 1: Eingenommene Wahlkampfspenden der sechs aussichtsreichsten Demokratischen Präsidentschaftsbewerber während der Vorwahlen (Angaben in Millionen Dollar, kumulativ)**

	Biden	Clinton	Dodd	Edwards	Obama	Richardson
1. Quartal 2007	4,0	36,1	8,8	14,1	25,8	6,3
2. Quartal 2007	6,5	63,2	12,1	23,2	58,9	13,3
3. Quartal 2007	8,2	91,0	13,6	30,4	80,3	18,7
4. Quartal 2007	11,4	118,3	16,5	44,3	103,8	23,7
31. Januar 2008	11,8	138,0	16,6	48,9	140,6	24,1
29. Februar 2008	12,1	173,9	17,2	52,0	197,4	24,2
31. März 2008	12,6	194,8	17,9	56,5	240,3	24,3
30. April 2008	12,8	221,7	18,3	58,0	272,2	24,3
31. Mai 2008	12,8	238,0	18,4	58,1	295,6	24,4
30. Juni 2008	12,9	242,7	18,4	58,1	349,9	24,4

Quelle: Federal Election Commission, Select Presidential Candidates Report for the Current Election Cycle, Washington D.C., <http://query.nictusa.com/pres/> (Abruf am 28. Januar 2009).

*Obama* eingesammelt – *George W. Bush* im Jahre 2003 mit 131,8 Millionen Dollar.<sup>16</sup> *Clinton* war auch in der vierten Wertung der „Invisible Primary“ die Nummer eins: Ende Dezember 2007 hatte sie die Hälfte aller öffentlichen „Endorsements“ führender Demokraten auf sich vereinigt.<sup>17</sup> Dies waren allerdings deutlich weniger Unterstützungserklärungen, als *Bill Clinton* 1992 oder *Al Gore* 2000 zum gleichen Zeitpunkt gesammelt hatten, was darauf hindeutete, dass *Hillary Clinton* nur die „lauwarme“ Unterstützung der Parteiinsider genoss.<sup>18</sup> Viele hielten sich mit ihren „Endorsements“ noch zurück, weil sie sich nicht ohne Not gegen den *Clinton*-Flügel der Partei stellen wollten, bevor *Barack Obama* nicht die ersten wirklichen Tests seiner Wählbarkeit in Iowa und New Hampshire bestanden haben würde.<sup>19</sup>

### 3. Iowa, Clintons Moment der Schwäche und ihr Comeback in New Hampshire

Vor Iowa und New Hampshire war das Demokratische Bewerberfeld, das im Jahre 2007 noch acht Kandidaten umfasst hatte<sup>20</sup>, infolge der unsichtbaren Vorwahl auf faktisch zwei

16 Federal Election Commission (FEC), Receipts of Presidential Campaigns Through December 31, 2003, [http://www.fec.gov/press/bkgnd/pres\\_cf/atm1231/presreceiptsye2003.pdf](http://www.fec.gov/press/bkgnd/pres_cf/atm1231/presreceiptsye2003.pdf) (Abruf am 30. Januar 2009).

17 *Marty Cohen / David Karol / Hans Noel / John Zaller*, Political Parties in Rough Weather, in: The Forum, 5. Bd. (2008), H. 4, Art. 3, S. 8, <http://www.bepress.com/forum/vol5/iss4/art3> (Abruf am 20. September 2008).

18 Ebenda, S. 21.

19 Vgl. *Eric Konigsberg*, In Clinton's Backyard, It's Open Season as an Obama Fund-Raiser Lines Up Donors, in: The New York Times vom 24. Februar 2007; *Megan Thee*, Superdelegates for Clinton (Undecided's No. 1), in: The New York Times vom 8. November 2007.

20 Neben *Clinton* und *Obama* waren dies: der frühere Senator von North Carolina *John Edwards*, die Senatoren *Joe Biden* (Delaware), *Chris Dodd* (Connecticut) und *Mike Gravel* (Alaska), der Gouverneur von New Mexico *Bill Richardson* und der Kongressabgeordnete *Dennis Kucinich* aus Ohio. Zwei weitere Bewerber zogen ihre Kandidaturen schon sehr frühzeitig zurück: *Evan Bayh*,

zusammengeschmolzen. Die Medienberichterstattung, die im Zuge des „Horse Race Journalism“ das Duell zweier Kontrahenten einem amorphen Bewerberfeld vorzog, hatte ein Übriges dazugetan, dass außer *Clinton* und *Obama* keinem Demokratischen Bewerber mehr Chancen auf die Nominierung eingeräumt wurden. Eine kleine Außenseiterchance hatte allein der Drittplatzierte der unsichtbaren Vorwahlen, *John Edwards*, der seine Strategie diesmal auf einen Überraschungssieg in Iowa aufgebaut hatte, nachdem dort 2004 seine Kandidatur gescheitert war.<sup>21</sup> Gleich Anfang 2005 setzte er den Aufbau seiner Wahlkampforganisation in Iowa fort und war dort bis zum Frühjahr 2007 so präsent wie kein anderer Kandidat.<sup>22</sup> Am Ende aber nutzte *Edwards* auch sein früher Start in Iowa nichts. Weil er im dritten Quartal 2007 nur noch sieben Millionen Dollar an Spenden einnahm (siehe Tabelle 1), entschied er sich, die öffentlichen Wahlkampfzuschüsse anzunehmen. Dadurch erhielt er zwar eine dringend benötigte Infusion an Bargeld für den Januar 2008, musste jedoch Ausgabengrenzen akzeptieren, die ihn im Verhältnis zu seinen beiden Hauptkurrenten benachteiligten. *Joe Trippi*, *Edwards*' Wahlkampfstratege, schätzte bereits im November 2007, dass *Obama* das Dreifache und *Clinton* das Doppelte der fünf Millionen Dollar, die *Edwards* bei großzügiger Auslegung der Regeln ausgeben durfte, in Iowa investieren würden.<sup>23</sup> Die Rekordbeteiligung an den Demokratischen Versammlungen – mit 240.000 doppelt so viele wie 2004 – war auch ein Triumph der überlegenen Wahlkampforganisation *Obamas*.<sup>24</sup> Er gewann Iowa mit 38 Prozent der Stimmen vor *Edwards* und *Clinton* (siehe Tabelle 2). Den Sieg hatte er den jüngeren Wählern zu verdanken: 57 Prozent der 17- bis 29-Jährigen, die mehr als ein Fünftel aller Versammlungsteilnehmer ausmachten, votierten für *Obama*; bei den 30- bis 44-Jährigen (auch fast ein Fünftel der Teilnehmer) waren es immer noch 42 Prozent. Von Iowa ging aber vor allem das Signal aus: *Obama* findet Zuspruch auch bei weißen (35 Prozent), weiblichen (35 Prozent), unabhängigen (41 Prozent) und solchen Wählern, die einen politischen Neuanfang – „Change“ – wollen (51 Prozent).<sup>25</sup>

Für *Hillary Clinton* bedeutete die Niederlage in Iowa, dass sie zum nächsten Vorwahltermin in New Hampshire unbedingt gewinnen musste; denn wenn Iowa auch allein kein Königsmacher ist – zusammen mit New Hampshire ist es dies schon.<sup>26</sup> Seit 1976 konnte es sich kein Demokratischer und auch kein Republikanischer Präsidentschaftsbewerber mehr

Senator aus Indiana, im Dezember 2006 und *Tom Vilsack*, der frühere Gouverneur von Iowa, im Februar 2007. Vgl. FEC Filings from Prospective 2008 Presidential Campaigns, [http://www.fec.gov/press/bkgnd/pres\\_cf/2008filings.html](http://www.fec.gov/press/bkgnd/pres_cf/2008filings.html) (Abruf am 31. Januar 2009).

- 21 Vgl. *Chuck Todd*, Campaign 2004: The Hidden Story, in: *Larry J. Sabato* (Hrsg.), Divided States of America. The Slash and Burn Politics of the 2004 Presidential Election, New York 2006, S. 25 – 35, S. 33 f.
- 22 Vgl. *John M. Broder*, Edwards Seeks Momentum in Iowa, in: The New York Times vom 10. März 2007.
- 23 Vgl. *Jeannie Cummings*, Edwards had to accept matching funds, in: Politico vom 27. September 2007; *Thomas B. Edsall*, Edwards Increasingly Fenced In by Federal Matching Funds, in: The Huffington Post vom 12. November 2007.
- 24 *Adam Nagourney*, Obama Takes Iowa in a Big Turnout as Clinton Falters; Huckabee Victor, in: The New York Times vom 4. Januar 2008.
- 25 Iowa Caucuses Entrance Polls, <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/primaries/results/epolls/index.html#IADEM> (Abruf am 1. Dezember 2008).
- 26 Vgl. *Peverill Squire*, The Iowa Caucuses, 1972-2008: A Eulogy, in: The Forum, 5. Bd. (2008), H. 4, Art. 1, <http://www.bepress.com/forum/vol5/iss4/art1> (Abruf am 20. September 2008).

Tabelle 2: Die Sieger der Demokratischen Primaries und Caucuses in den Einzelstaaten (in Klammern Stimmenanteile des Siegers in Prozent)			
Barack Obama		Hillary Clinton	
Caucus-Staaten	Primary-Staaten	Caucus-Staaten	Primary-Staaten
3.1. Iowa (38)	26.1. South Carolina (55)	19.1. Nevada (51)	8.1. New Hampshire (39) 15.1. Michigan (55)* 29.1. Florida (50)*
5.2. Alaska (75), Colorado (67), Democrats Abroad (66), Idaho (80), Kansas (74), Minnesota (66), North Dakota (61) 9.2. Nebraska (68), Virgin Islands (90), Washington (68) 10.2. Maine (59) 19.2. Hawaii (76)	5.2. Alabama (56), Connecticut (51), Delaware (53), Georgia (66), Illinois (65), Missouri (49), Utah (57) 9.2. Louisiana (57) 12.2. D.C. (75), Maryland (61), Virginia (64) 19.2. Wisconsin (58)	5.2. American Samoa (57)	5.2. Arizona (50), Arkansas (70), California (51), Massachusetts (56), New Jersey (54), New Mexico (49), New York (57), Oklahoma (55), Tennessee (54)
8.3. Wyoming (61)	4.3. Vermont (59) 11.3. Mississippi (61)		4.3. Ohio (54), Rhode Island (58), Texas (51) 22.4. Pennsylvania (55)
3.5. Guam (50)	6.5. North Carolina (56) 20.5. Oregon (59)		6.5. Indiana (51) 13.5. West Virginia (67) 20.5. Kentucky (65)
	3.6. Montana (57)		1.6. Puerto Rico (68) 3.6. South Dakota (55)

\* Michigan und Florida verstießen mit der Vorverlegung ihrer Vorwahlen gegen die Partieregeln; Clintons Siege dort waren für den Ausgang des Rennens faktisch ohne Belang.

Quelle: Richard E. Berg-Andersson, The Green Papers: State by State Summary. 2008 Presidential Primaries, Caucuses, and Conventions, <http://www.thegreenpapers.com/P08/tally.phtml> (Abruf am 23. Januar 2009). Dort finden sich auch die offiziellen Delegiertenzuweisungen für den Parteikonvent in Denver.

leisten, sowohl in Iowa als auch in New Hampshire zu verlieren. Die einzige Ausnahme war 1992 *Bill Clinton*, der aber immerhin auf seinem zweiten Platz in New Hampshire seine Legende vom „Comeback Kid“ gegründet und daraufhin die Nominierung erobert hatte.<sup>27</sup> Weil der frühere Präsident in New Hampshire so populär war, schickte ihn seine Ehefrau nun auf eine fünftägige Wahlkampftour durch den Granitstaat.<sup>28</sup> Der Einsatz ihres Mannes war unter ihren Wahlkampfberatern umstritten, weil er es *Hillary Clinton* erschwerte, das unter den Demokratischen Wählern in diesem Jahr so beliebte „Change“-Mantra für sich zu beanspruchen. In New Hampshire aber hat die Beliebtheit ihres Mannes geholfen:

27 1992 hatten sich alle Demokratischen Kandidaten entschieden, Iowa auszulassen, weil dessen populärer Senator *Tom Harkin* auf heimischen Terrain als unbezwingbar galt. Vgl. Andrew E. Busch, The Reemergence of the Iowa Caucuses: A New Trend, an Aberration, or a Useful Reminder?, in: William G. Mayer (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 10), S. 39 – 73, hier S. 60 – 62.

28 Vgl. Jeff Zeleny, Call for Change Shakes Up the Democratic Field, in: The New York Times vom 4. Januar 2008.

83 Prozent der Wähler hatten eine günstige Meinung von *Bill Clinton*; von ihnen wählten 43 Prozent seine Frau und nur 33 Prozent *Obama*.<sup>29</sup>

Es waren wahrscheinlich zwei besondere Wahlkampfereignisse, die *Clinton*, die in New Hampshire lange Zeit in den Umfragen geführt hatte, bevor sie nach Iowa auf einmal über zehn Prozentpunkte hinter *Obama* zurückfiel, am Wahltag dann doch retteten: Drei Tage vor der Wahl wurde sie in einer Fernsehdebatte von ihren beiden Mitkonkurrenten *Obama* und *Edwards*, die sich beide als „Agenten des Wechsels“ beschrieben, in die Zange genommen und als „Kraft des Status quo“ denunziert. Diese Charakterisierung wies sie kämpferisch zurück, indem sie auf ihre „35 Jahre Erfahrung im Herbeiführen von Wechsel“ verwies. Außerdem gelang es ihr in derselben TV-Debatte, auf der Sympathieskala entscheidende Punkte gut zu machen. Auf die Frage des Moderators, was sie den Wählern von New Hampshire sagen könne, die *Obama* anscheinend mehr mögen als sie, kehrte sie das schutzlose kleine Mädchen hervor: „Nun, das verletzt meine Gefühle.“ Und auf das vorgespielte Mitleid des Moderators hin buhlte sie charmant um tröstende Worte: „Aber ich versuche weiterzumachen. Er (*Obama*) ist sehr sympathisch, ich stimme dem zu. Ich denke aber nicht, dass ich sooo schlecht bin.“ Die gönnerhafte Zwischenbemerkung *Obamas*, dass sie „sympathisch genug“ sei, nahm *Clinton* graziös dankend entgegen.<sup>30</sup>

Zwei Tage später wurde *Clinton* bei einem Wahlkampftermin gefilmt, als sie auf die mitfühlende Frage einer Frau, wie sie denn überhaupt durchhalte und wer ihr das Haar mache, einen Moment seltener Schwäche zeigte: „Es ist nicht einfach, es ist nicht einfach“, antwortete sie mit brechender Stimme, den Tränen nahe. Gnadenlos wurde in der Presse spekuliert, auch von weiblichen Reportern, ob dieser dramatische Gefühlsmoment von *Clinton*s Wahlkampfteam inszeniert worden sei und ob sie sich den Weg zum Weißen Haus nun „erheulen“ wolle.<sup>31</sup> Die Wähler aber waren offensichtlich nicht dieser Meinung: Sie bescherten *Hillary Clinton* ihr Comeback. Die Wahltagsumfragen zeigten überdies, dass *Clinton* ihren Sieg vor allem den registrierten Demokraten (nicht den Unabhängigen) und den Frauen zu verdanken hatte. Bei denjenigen, denen die TV-Debatten wichtig waren, und bei den immerhin 17 Prozent der Wähler, die sich erst am Wahltag entschieden, hatte sie ebenfalls die Nase vorn.<sup>32</sup>

#### 4. Nevada, South Carolina und die Rassismusfrage

Nach New Hampshire war *Hillary Clinton* wieder im Rennen; allerdings galt nun der Liebling der Medien *Barack Obama* und nicht mehr *Clinton* als Top-Favorit auf die Nominierung der Demokraten. Mit Ausnahme von *John Edwards* waren alle anderen ernstzuneh-

29 New Hampshire Primary Exit Polls, <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/primaries/results/epolls/index.html#NHDEM> (Abruf am 1. Dezember 2008).

30 *Patrick Healy / Jeff Zeleny*, At Debate, Two Rivals Go After Defiant Clinton, in: The New York Times vom 6. Januar 2008. Siehe das Video der TV-Debatte in: [http://www.ttaudiobook.com/closed\\_caption/democratic\\_facebook/](http://www.ttaudiobook.com/closed_caption/democratic_facebook/) (Abruf am 23. Januar 2009).

31 Vgl. *Patrick Healy / Marc Santora*, Clinton Talks About Strains of Campaign, in: The New York Times vom 7. Januar 2008; *Maureen Dowd*, Can Hillary Cry Her Way Back to the White House?, in: The New York Times vom 9. Januar 2008.

32 New Hampshire Primary Exit Polls, <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/primaries/results/epolls/index.html#NHDEM> (Abruf am 1. Dezember 2008).

menden Kandidaten inzwischen ausgeschieden: die Senatoren *Chris Dodd* und *Joe Biden* nach Iowa, Gouverneur *Bill Richardson* nach New Hampshire. Die Spreu hatte sich also schon gleich mit den beiden ersten Ereignissen des Vorwahlkalenders 2008 vom Weizen getrennt: *Edwards* würde zwar vorerst noch im Rennen bleiben – als ehemaliger Senator North Carolinas setzte er noch Hoffnung in die Vorwahl in South Carolina am 26. Januar; nach seiner Niederlage dort und in Florida zog er sich aber zurück<sup>33</sup> und machte den Wettbewerb auch formell zu dem, was er längst war: ein Zweikampf zwischen *Barack Obama* und *Hillary Clinton*. Das „Frontloading“ des Vorwahlkalenders hatte erwartungsgemäß die beiden finanziertstärksten Kandidaten begünstigt<sup>34</sup>, die nun auf insgesamt 24 Vorwahlen und Mitgliederversammlungen am „Super Tuesday“ zusteuerten.

Auf dem Weg dorthin galt es zunächst die Mitgliederversammlungen in Nevada und die Vorwahlen in South Carolina zu absolvieren. Während in Iowa und New Hampshire fast nur Weiße lebten, finden sich in Nevada und South Carolina signifikante Bevölkerungsanteile von Latinos beziehungsweise Afroamerikanern. Ihren Sieg in Nevada hatte *Hillary Clinton* neben der Unterstützung durch die weibliche Bevölkerung vor allem der Tatsache zu verdanken, dass die Latinos zu zwei Dritteln für sie stimmten. Das taten sie – mit Ausnahme von Illinois und Arkansas – während der gesamten Vorwahlen (siehe Tabelle 3). Daher kamen innerhalb der Demokratischen Partei Befürchtungen auf, ob *Obama* die Latinos in der Hauptwahl würde gewinnen können, was ihm dann aber doch gelang.<sup>35</sup> Nevada war der einzige „Caucus“-Staat auf dem Festland, den *Clinton* für sich entschied, alle anderen gingen an *Obama*. Dennoch wusste sich *Obama* auch in Nevada die Feinheiten der Demokratischen Spielregeln besser zunutze zu machen als *Clinton*: Er eroberte 14 Delegierte, *Clinton* nur elf – mit einer deutlichen Konzentration in Las Vegas, während *Obama* mit seiner überlegenen, nahezu flächendeckenden Wahlkampforganisation in den ländlichen Gebieten des Staates gewann.<sup>36</sup>

In der medialen Aufmerksamkeit stand Nevada im Schatten von South Carolina, das wegen seines hohen Bevölkerungsanteils an Schwarzen erste Aufschlüsse darüber geben sollte, wie sich die Rassenfrage im Zweikampf zwischen *Obama* und *Clinton* auswirken würde. Die Brisanz der ersten Vorwahlen im Süden wurde dadurch gesteigert, dass *Bill Clinton* dort unter älteren Schwarzen sehr populär war. Insbesondere zu einflussreichen Angehörigen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung pflegten die *Clintons* seit langem gute Beziehungen. Nicht wenige der älteren Bürgerrechtsaktivisten und etwa die Hälfte der Demokratischen Mitglieder des „Congressional Black Caucus“ hatten sich anfangs auf die Seite *Hillary Clintons* gestellt, weil sie – so *Andrew Young*, ein ehemaliger Mitstreiter *Martin Luther Kings* – „Bill hinter sich hat. Und Bill ist jeden Zentimeter so schwarz wie Barack“<sup>37</sup>.

33 Vgl. *Michael Cooper*, Iowa Results Lead Dodd and Biden to Quit the Race, in: The New York Times vom 4. Januar 2008; *Leslie Wayne*, Richardson Drops Out of Democratic Race, in: The New York Times vom 10. Januar 2008; *Julie Bosman / Jeff Zeleny*, Edwards Drops Out of Democratic Race, in: The New York Times vom 30. Januar 2008.

34 Vgl. *Thomas E. Cronin / Michael A. Genovese*, The Paradoxes of the American Presidency, New York 2004, S. 38 – 42.

35 Siehe dazu *Patrick Horst*, a.a.O. (Fn. 1), S. 118 ff., dort auch weitere Literaturhinweise.

36 *Jeff Zeleny / Jennifer Steinhauer*, Vote of Women Propels Clinton in Nevada Caucus, in: The New York Times vom 20. Januar 2008.

37 Zitiert bei *Sheila Dewan*, Southern Blacks Are Split on Clinton vs. Obama, in: The New York Times vom 18. Januar 2008.

Obamas mangelnde „Blackness“ war den Ikonen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung – einem *Jesse Jackson Sr.* oder den Abgeordneten *James Clyburn* (South Carolina) und *John Lewis* (Georgia) – nicht ganz geheuer. Einerseits glaubten sie vor ihrem Erfahrungshintergrund politischer Diskriminierung nicht an die Wählbarkeit eines Schwarzen für das Präsidentenamt, andererseits stimmten sie vielfach mit *Obama* politisch nicht überein und beeideten ihn um die Chancen, die sie nie gehabt hatten.<sup>38</sup>

Tabelle 3: Wahlverhalten der Latinos in den Demokratischen Vorwahlen oder Mitgliederversammlungen der Staaten mit relevantem Latino-Anteil 2008 (Angaben in Prozent)				
Staat	Datum	Wähleranteil	Clinton	Obama
Nevada	19.1.2008	15	64	26
<b>Arizona</b>	5.2.2008	18	55	41
California	5.2.2008	30	67	32
<b>Illinois</b>	5.2.2008	17	49	50
New Jersey	5.2.2008	12	68	30
New Mexico	5.2.2008	35	62	36
New York	5.2.2008	10	73	26
Texas	4.3.2008	32	66	32
Puerto Rico	1.6.2008	100	68	32

Fett = Staaten, die *Obama* gewann.  
 Quelle: Susan Minushkin / Mark Hugo Lopez, The Hispanic Vote in the 2008 Democratic Presidential Primaries, Washington D.C., Pew Hispanic Center 2008, S. 1, S. 4.

Nachdem *Obama* mit seinem Sieg in Iowa seine Wählbarkeit unter Beweis gestellt hatte, gerieten die älteren Schwarzen-Politiker jedoch unter erheblichen politischen Druck, ihre Position zu überdenken. So zeigte sich *James Clyburn* im Vorfeld der Vorwahl in South Carolina enttäuscht, dass *Bill Clinton Obama* als „naiven Jungen“ und dessen Behauptung, von Anfang an unerschütterlich gegen den Irak-Krieg gewesen zu sein, als „ein Ammenmärchen“ bezeichnet hat. Wie manch andere Schwarze fühlte er sich beim Anblick eines zornig seinen Zeigefinger hebenden, heiser ins Mikrophon krächzenden *Clinton* an Zeiten weißer paternalistischer Bevormundung erinnert. Auch *Clinton*s Vergleich der *Obama*-Kandidatur mit den Kandidaturen *Jesse Jacksons* 1984 und 1988<sup>39</sup> wurde als Versuch gewertet, *Obamas* breite Resonanz in der Wählerschaft kleinzureden. *Clinton* stritt diese Absicht zwar in einer Radio-Show des schwarzen Predigers *Al Sharpton* ab – und er konnte auch eine öffentliche Äußerung *Jesse Jacksons* einholen, dass dieser sich von *Clinton*s Äußerungen nicht herabgewürdigt fühlte. Aber *Jackson*, kein Freund *Obamas*, war ein zweifelhafter

38 Exzellente Einblicke in den Generationenkonflikt zwischen den älteren schwarzen Bürgerrechtsaktivisten und einer jungen Nachwuchsgeneration schwarzer Politiker, die sich nicht mehr über ihre Hautfarbe definiert, bietet *Matt Bai*, Is Obama the End of Black Politics?, in: The New York Times Magazine vom 10. August 2008.

39 *Jackson* hatte zwar 1984 und 1988 als Dritter beziehungsweise Zweiter die Demokratische Kandidatenkür abgeschlossen und auch einige Staaten (darunter beide Male South Carolina) gewonnen; er war aber nicht angetreten, die Präsidentschaftsnominierung zu erobern, sondern wollte die Schwarzen – und um sie herum eine „Regenbogenkoalition“ aus Minderheiten – als Wählerblock für die Demokratische Partei (insbesondere im Süden) mobilisieren. Vgl. *Ian Derbyshire*, Politics in the United States. From Carter to Reagan, Cambridge 1987, S. 70 – 74.

Kronzeuge. Die Schwarzen in South Carolina fällten ihr eigenes Urteil – und es fiel nicht günstig aus für die  *Clintons*. Sie nahmen *Bill Clinton* auch seinen Satz übel, dass *Obama* zahlreiche Stimmen nur aufgrund seiner Hautfarbe und seines Geschlechts bekomme und *Hillary* deshalb in South Carolina keine Chance habe.<sup>40</sup> Dass *Clinton* nach South Carolina die Stimmen der Afroamerikaner abschrieb, konnte als weiteres Zeichen der Herablassung gewertet werden, weil dieser Entscheidung die Überzeugung zugrunde lag, dass die Schwarzen im Zeichen simpler Identitätspolitik nur nach ihrer Hautfarbe abstimmen würden. Dass sie auch aufgrund rationaler Erwägungen zu ihrer Wahlentscheidung gekommen sein konnten, wurde ihnen in traditionell paternalistischer Art und Weise abgesprochen.<sup>41</sup>

In South Carolina strömten die Schwarzen in Scharen an die Wahlurnen, um die Kandidatur *Obamas* zu unterstützen: 55 Prozent aller Teilnehmer an der Demokratischen Vorwahl waren schwarz – eine nie dagewesene Beteiligung. Die schwarzen Frauen, die mehr als ein Drittel der Wählerschaft ausmachten, wählten kaum weniger geschlossen *Obama* als die schwarzen Männer. *Obama* konnte in der Gruppe der weißen Männer sogar mit *Clinton* gleichziehen, profitierte dabei aber von der Kandidatur *John Edwards'*, der diese Wählergruppe deutlich für sich gewann. *Clinton* lag nur bei den weißen Frauen deutlich vor *Obama*, musste aber auch hier Einbußen zugunsten von *Edwards* hinnehmen. In South Carolina zeigte sich, dass *Clinton* in denjenigen Südstaaten, die über einen signifikanten Bevölkerungsanteil an Afroamerikanern verfügten, gegen *Obama* keine Chance haben würde, sobald die Schwarzen eine kritische Partizipationsschwelle überschritten. *Obama* gewann alle Südstaaten, in denen mindestens jeder dritte Teilnehmer einer Demokratischen

Tabelle 4: Wahlverhalten nach Hautfarbe und Geschlecht in den Demokratischen Vorwahlen oder Mitgliederversammlungen der Südstaaten 2008 (Angaben in Prozent)															
Staat	S	SF	O	C	SM	O	C	W	WF	O	C	WM	O	C	
<b>S. Carolina</b>	55	35	78	20	20	80	17	43	25	22	42	18	27	28	
<b>Georgia</b>	51	33	87	12	19	92	8	43	27	40	57	16	48	46	
<b>Alabama</b>	51	32	81	18	19	89	10	44	24	23	73	20	27	70	
<b>Mississippi</b>	50	30	90	10	20	94	6	48	27	23	71	21	30	68	
<b>Louisiana</b>	48	30	87	13	18	84	13	47	28	29	63	19	31	51	
<b>N. Carolina</b>	34	21	90	7	14	91	7	62	34	33	65	27	42	55	
<b>Virginia</b>	30	17	86	14	13	94	6	61	35	47	53	26	58	40	
Tennessee	29	18	74	25	11	82	16	67	38	21	73	29	32	58	
Texas	19	11	82	17	8	86	14	46	25	40	59	21	49	49	
Arkansas	17	12	71	29	5	–	–	80	46	11	85	34	24	71	
Kentucky	9	6	–	–	4	–	–	89	50	21	74	38	26	70	
Oklahoma	6	4	–	–	3	–	–	82	43	26	56	38	32	55	

Anmerkungen: C = *Clinton*, O = *Obama*, S = Schwarze, SF = Schwarze Frauen, SM = Schwarze Männer, W = Weiße, WF = Weiße Frauen, WM = Weiße Männer. Fett = Staaten, die *Obama* gewann.  
Quelle: CNN Primary Voter Exit Polls 2008, <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/primaries/results/epolls/index.html> (Abruf am 2. Februar 2009).

40 Vgl. *Katherine Q. Seelye*, A Former President, Back in the Thick of Politics, in: The New York Times vom 27. Januar 2008.

41 So argumentieren überzeugend *Valeria Sinclair-Chapman / Melanye Price*, Black Politics, the 2008 Election, and the (Im)Possibility of Race Transcendence, in: Political Science & Politics, 41. Jg. (2008), H. 4, S. 739 – 745, S. 741.

Vorwahl schwarz war. Und *Obama* gewann nach South Carolina noch in drei weiteren Südstaaten die mehrheitliche Unterstützung weißer Männer: in Georgia, in Virginia und in Texas (siehe Tabelle 4).

### 5. „Super Tuesday“, die Rolle der Superdelegierten und die Medien

Ende Januar 2008 zeichnete sich ab, dass sich die Demokraten auf einen langen Zweikampf würden einstellen müssen. *Obama* hatte Iowa und South Carolina, *Clinton* New Hampshire und Nevada gewonnen. Sie beanspruchte darüber hinaus, die Vorwahlen in Michigan und Florida siegreich bestritten zu haben, konnte dafür aber keine Delegierten reklamieren, weil die Vorwahlen in diesen beiden Staaten unter Verletzung der Partieregeln abgehalten wurden waren. *Obama* konnte diese demzufolge als folgenlose „Schönheitswettbewerbe“ abtun.<sup>42</sup> Beide Wahlkampfteams stellten sich darauf ein, dass auch der „Super Tuesday“ am 5. Februar keine Entscheidung bringen würde. So kam es: *Obama* gewann zwar 14 Wettbewerbe, *Clinton* nur zehn; dafür eroberte sie die großen Staaten mit den meisten Delegierten, darunter Kalifornien, New York, New Jersey und Massachusetts. *Obama* siegte in allen sieben „Caucus“-Staaten auf dem Festland, nur Amerikanisch-Samoa im südlichen Pazifik votierte für *Clinton* (siehe Tabelle 2). CNN schätzte, dass *Clinton* insgesamt 577 neue Delegierte am „Super Tuesday“ gewonnen hatte, *Obama* 561. Faktisch standen beide nach dem 5. Februar Kopf an Kopf bei den Delegierten – unter Einbeziehung ihres Vorsprungs bei den Superdelegierten lag *Clinton* mit 88 Delegierten vorn. Dennoch war die Dynamik, das „Momentum“, auf Seiten *Obamas*, der *Clinton*s Vorsprung seit Iowa Delegiertenstimme um Delegiertenstimme dezimiert hatte (siehe Tabelle 5).

Fünf Faktoren waren im Wesentlichen verantwortlich dafür, dass die Dynamik des innerparteilichen Kandidatenwettbewerbs auch den gesamten Februar über *Obama* beflogelte: der Vorwahlkalender, die Wahlkampforganisation, das Geld, die Delegierten und die Medien. Die Zufälle des Kalenders wollten es, dass fast alle Staaten, die im Februar ihre Vorwahldateien anberaumt hatten, von ihrer demographischen Struktur her *Obama* zu neigten. Nur Maine (10. Februar) galt aufgrund seines hohen Anteils an Arbeitern mit niedrigen Einkommen und aufgrund seiner Altersstruktur als *Clinton*-Land; da es jedoch Mitgliederversammlungen und keine Vorwahlen abhielt, trug *Obamas* überlegene Wahlkampforganisation den Sieg davon. Nach der Niederlage in Maine entließ *Clinton* ihre Wahlkampfmanagerin *Patti Solis Doyle*, deren mangelnde Planungsfähigkeiten dafür verantwortlich gemacht wurden, dass *Clinton* auf dem Festland nicht einen einzigen „Caucus“-Staat außer Nevada gewinnen konnte. *Doyle* stand schon seit längerem in der Kritik; *Clinton* hatte es aber nicht über sich gebracht, sich von ihrer engen Freundin zu trennen. *Clinton*s Wahlkampfteam litt insgesamt unter ihren Skrupeln, klare personelle und strategische Entscheidungen zu treffen. Während ihr „Chefstrateg“ *Mark Penn* und auch ihr Ehemann *Bill Clinton* für härtere Attacken gegen *Obama* eintraten, plädierten *Doyle*, *Harold Ickes*, *Mandy Grunwald* und *Howard Wolfson* für eine weichere Linie. Der Kampf zwischen diesen beiden Lagern lähmte die Kampagne, die noch dazu nach New Hampshire in Geldnöte geraten war. Erst nachdem *Clinton* ihrer Wahlkampforganisation fünf Millionen Dol-

42 Adam Nagourney, Races Entering Complex Phase Over Delegates, in: The New York Times vom 28. Januar 2008.

**Tabelle 5: CNN-Projektionen\* der Delegierten für den Nationalen Parteikonvent der Demokraten in Denver, Colorado (2.118 Delegierte notwendig für die Mehrheit)**

Datum	Staaten u. Gebiete**	Barack Obama			Hillary Clinton		
		Delegierte	Super-delegierte	Delegierte insgesamt	Delegierte	Super-delegierte	Delegierte insgesamt
3. Jan.	IA	16	50	66	15	154	169
8. Jan.	NH	9	53	78	9	159	183
15. Jan.	MI	0	78	103	0	166	190
19. Jan.	NV	13	85	123	12	174	210
26. Jan.	SC	25	89	152	12	182	230
29. Jan.	FL	0	95	158	0	184	232
5. Feb.	AL, AK, AS, AZ, AR, CA, CO, CT, DE, DA, GA, ID, IL, KS, MA, MN, MO, NJ, NM, NY, ND, OK, TN, UT	561	106	730	577	193	818
9. Feb.	LA, NE, VI, WA	77	131	1039	37	223	1100
10. Feb.	ME	15	135	1121	9	224	1148
12. Feb.	DC, MD, VA	100	157	1253	54	234	1211
19. Feb.	HI, WI	52	161	1315	33	234	1245
4. März	OH, RI, TX, VT	137	199	1520	155	238	1424
8. März	WY	7	199	1527	4	238	1428
11. März	MS	19	206	1610	14	237	1480
22. Apr.	PA	69	232	1719	81	255	1586
6. Mai	IN, NC	95	254	1842	83	267	1686
13. Mai	WV	8	284	1884	20	273	1718
20. Mai	KY, OR	43	305	1961	56	277	1775
1. Juni	PR	17	329	2070	38	291	1915
3. Juni	MA, SD	15	438	2201	16	256	1896

\* Schätzungen jeweils am Tage des Wettbewerbs. Nicht zu verwechseln mit den erst später feststehenden Ergebnissen.

\*\* AS = American Samoa, DA = Democrats Abroad, PR = Puerto Rico, VI = Virgin Islands.

Quelle: CNN, Primaries Results, Stand vom 20. August 2008, <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/primaries/results/scorecard/>.

lar geliehen hatte, flossen auch wieder die Spenden. Dennoch wurde sie ausgerechnet in den beiden entscheidenden Monaten Januar und Februar 2008 von ihrem Kontrahenten im Spendenwettlauf ausgestochen. Während *Obama* im Januar 37 und im Februar 57 Millionen Dollar eingeworben hatte, musste sich *Clinton* mit 20 respektive 36 Millionen Dollar begnügen (siehe Tabelle 1). Mit diesen Summen sprengten zwar beide alle historischen Rekorde, dennoch konnte *Obama* seinen finanziellen Vorsprung in Werbevorteile im Fernsehen und in eine deutlich kopfstärkere „Grass Roots Campaign“ ummünzen.<sup>43</sup>

43 Vgl. *Katharine Q. Seelye*, Obama Wins in Maine; Clinton Replaces Her Campaign Manager, in: The New York Times vom 11. Februar 2008; *Patrick Healy / Katharine Q. Seelye*, Knocked Off

Nachdem *Obama* am 12. Februar auch die „Beltway Primary“ (Washington D.C., Maryland, Virginia) gewonnen hatte, übersetzte sich seine schon lange gefühlte auch in eine tatsächliche Führung bei den Delegierten. Von besonderer Bedeutung war dabei die Dynamik unter den Superdelegierten, die anfangs heftig und erfolgreich von *Clinton* umworben worden waren<sup>44</sup>, sich nun aber immer stärker dem Emporkömmling zuwandten (siehe Tabelle 5). Schon im Januar hatten sich in strategisch wichtigen Momenten die Granden der Partei hinter *Obama* gestellt: nach der verlorenen Vorwahl in New Hampshire *John Kerry*, Ende Januar mit Blick auf „Super Tuesday“ *Edward Kennedy* und seine Nichte *Caroline*, die Tochter *John F. Kennedy*.<sup>45</sup> Im Verlaufe des Februars deuteten immer mehr Superdelegierte an, dass sie am Ende nicht ihrem eigenen Urteil, sondern der Mitglieder- und Wählerentscheidung folgen würden. Auch wenn sie wie *Nancy Pelosi*, Speaker des Repräsentantenhauses, oder ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender *James Clyburn* offiziell neutral blieben, wurden solche Argumente doch als kaum verhüllte Stellungnahmen zugunsten *Obamas* gewertet. Der Verweis auf die mit Blick auf Florida und Michigan strikt einzuhaltenden Partieregeln konnte nun ebenfalls als Parteinahme zugunsten *Obamas* gewertet werden. Besonders hart traf *Clinton* Mitte Februar die Ankündigung des schwarzen Abgeordneten *John Lewis* aus Georgia, nicht mehr *Clinton*, sondern *Obama* zu unterstützen, weil er wie auch andere Schwarzen-Politiker einer historischen Kandidatur *Obamas* nicht im Wege stehen wollte.<sup>46</sup> Ende Februar, *Obama* war inzwischen in nationalen Umfragen mit Abstand die erste Präferenz der Demokraten für ihren Präsidentschaftskandidaten, erklärte mit Senator *Christopher Dodd* ein ausgeschiedener Präsidentschaftsbewerber und früherer Vorsitzender des DNC seine Unterstützung für *Obama*.<sup>47</sup>

*Hillary Clinton* stand mittlerweile mit dem Rücken zur Wand; sie musste die Vorwahlen in Ohio und Texas am 4. März gewinnen, um überhaupt im Rennen bleiben zu können. Zu diesem Zweck verschärfte sie ihre Angriffe auf *Obama*. Aufsehen erregte ihr „3 a.m. Ad“, ein meisterhafter negativer Werbespot, der Anleihen beim berüchtigten „Daisy“-Spot *Lyndon B. Johnsons* aus dem Wahlkampf 1964 nahm und mit der Angst der Bevölkerung vor einer internationalen Krise spielte. Wenige Tage vor den Wahlen in Texas und Ohio wollte sie damit ihre außenpolitische Kompetenz ins rechte Licht rücken und auf die mangelnde Erfahrung ihres jungen Kontrahenten verweisen. Der konterte noch am selben Tage mit einem eigenen „3 a.m. Ad“, in dem er mit Blick auf seine frühe Opposition gegen den Irak-Krieg seine

Balance, Clinton Campaign Tries to Regain Its Stride, in: The New York Times vom 14. Februar 2008. Zu den Rivalitäten in *Clintons* Wahlkampfteam siehe *Joshua Green*, The Front-Runner's Fall, in: The Atlantic Online vom September 2008, <http://www.theatlantic.com/doc/200809/hillary-clinton-campaign> (Abruf am 16. Februar 2009); *Gail Sheehy*, Hillaryland at War, in: Vanity Fair vom August 2008, <http://www.vanityfair.com/politics/features/2008/08/clinton200808> (Abruf am 16. Februar 2009).

44 Beide Wahlkampfteams hatten spezielle Kopfjägerteams gebildet, die um die Superdelegierten warben. Vgl. *James A. Barnes*, The Art of Wooing, in: National Journal, 40. Jg. (2008), H. 8, S. 18 – 24.

45 Vgl. *Jeff Zeleny*, Endorsing Obama, Kerry Calls Him Leader of 'Wisdom, Instinct and Vision', in: The New York Times vom 11. Januar 2008; *Jeff Zeleny / Carl Hulse*, Kennedy Chooses Obama, Spurning Plea by Clinton, in: The New York Times vom 28. Januar 2008.

46 Vgl. *Jeff Zeleny / Patrick Healy*, Black Leader, a Clinton Ally, Tilts to Obama, in: The New York Times vom 15. Februar 2008.

47 Vgl. *Michael Powell / John Sullivan*, Dodd Endorses Obama for President, in: The New York Times vom 26. Februar 2008.

außenpolitische Urteilskraft anprries.<sup>48</sup> Feministischen Politikwissenschaftlerinnen entging selbstverständlich nicht die ironische Pointe, dass *Clinton* in diesem Zweikampf mit *Obama* „die Hosen anhatte“, dass sie eine „Masculine-gendered Campaign“ anführte und ihren männlichen Kontrahenten in die gemeinhin Frauen zugeschriebene Rolle drängen wollte, zu unerfahren und zu „weich“ für das Amt des Präsidenten zu sein.<sup>49</sup>

Auf kurze Sicht vielleicht noch wirksamer als die persönlichen Attacken auf *Obama* war der Vorwurf  *Clintons* an die Medien, *Obama* zu bevorzugen. Es ließ sich nicht leugnen: Mit jedem seiner zehn Siege nach „Super Tuesday“ verschaffte ihm die Medienberichterstattung zusätzlichen Rückenwind. *Obama* war nun der strahlende Sieger, der „Frontrunner“, *Clinton* die traurige Verliererin, auf die schon die ersten Nachrufe verfasst wurden.<sup>50</sup> Aber sie war noch nicht bereit aufzugeben. In der TV-Debatte mit *Obama* in Cleveland (Ohio) am 26. Februar verwies *Clinton* auf einen kurz zuvor gesendeten Sketch in der „Saturday Night Life“-Show, der zwei CNN-Moderatoren parodierte, wie sie *Obama* umschmeichelten und bewunderten, *Clinton* aber „grillten“. Der Sketch diente ihr als Indiz dafür, dass *Obama* im Gegensatz zu ihr von den Medien mit Samthandschuhen angefasst wurde. Einen harten, überprüfbaren Beweis konnte sie auch ins Feld führen: Sie hatte bisher in allen Fernsehduellen mit *Obama* und in der Mehrzahl der früheren Präsidentschaftsdebatten die erste Frage erhalten, was *Obama* die Gelegenheit zu reagieren gab.<sup>51</sup>  *Clintons* Vorwürfe machten sich in zweierlei Hinsicht bezahlt: Zum einen überprüften die Medien *Obama* in der Folge tatsächlich intensiver, beleuchteten die Beziehungen zu „Nation of Islam“-Führer *Louis Farrakhan*, dem ehemaligen „Weather Underground“-Terroristen *William Ayers* oder seinem Pastor *Jeremiah Wright*; zum anderen gewann *Clinton* dank ihres kämpferischen Einsatzes die Vorwahlen in Texas, Ohio und Rhode Island am 4. März.<sup>52</sup> Angesichts des ausgedünnten Vorwahlkalenders war damit klar, dass der – potenziell die Partei zerreißende – Zweikampf zwischen *Obama* und *Clinton* noch mindestens bis zum

- 48 Beide Werbespots fanden sich unmittelbar auf „YouTube“ im Internet wieder. Bis zum Wahltag hatten 600.000 Zuschauer den *Clinton*-Werbespot angeschaut, 200.000 den „Response Ad“ *Obamas*. Vgl. *Brian Stelter*, Candidates Responding Almost as Fast as They Can Attack, in: The New York Times vom 4. März 2008. Zu weiteren Beispielen der „Ad Campaign“ siehe *Patrick Horst*, a.a.O. (Fn. 1), S. 133 ff.
- 49 Vgl. *Valeria Sinclair-Chapman / Melanye Price*, a.a.O. (Fn. 41), S. 743. Zum Konzept der „Gendered Presidency“ (auch der „Raced Presidency“) siehe *Georgia Duerst-Lahti*, „Seeing What Has Always Been“: Opening Study of the Presidency, in: Political Science & Politics, 41. Jg. (2008), H. 4, S. 733 – 737.
- 50 Siehe *Patrick Healy*, Somber Clinton Soldiers On as the Horizon Darkens, in: The New York Times vom 24. Februar 2008; PEJ Campaign Coverage Index: February 18-24, 2008, <http://journalism.org/print/9907> (Abruf am 12. Februar 2009).
- 51 Vgl. *Alessandra Stanley*, 20th Debate: Reality Show or Spinoff?, in: The New York Times vom 27. Februar 2008; *David D. Kirkpatrick / Kitty Bennett*, Going First Most of the Time, in: ebenda; PEJ Campaign Coverage Index: February 25 – March 2, 2008, <http://journalism.org/print/10004> (Abruf am 12. Februar 2009).
- 52 Vgl. PEJ Campaign Coverage Index: March 3-9, 2008, <http://journalism.org/print/10106> (Abruf am 12. Februar 2009). Dass *Clinton* die Vorwahl in Texas in den letzten Tagen herumriss, bestätigten die Exit Polls: Jeder fünfte Wähler entschied sich spät, sechs von zehn Späentscheider optierten für *Clinton*. Sie lag auch klar vorne bei den Wählern, für deren Entscheidung die beiden TV-Debatten in Austin am 21. Februar und in Cleveland am 26. Februar wichtig waren. Vgl. <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/primaries/results/epolls/index.html#TXDEM> (Abruf am 18. Februar 2009).

22. April (Pennsylvania), wahrscheinlicher aber bis zum 6. Mai (North Carolina und Indiana) andauern würde.

## 6. Noch einmal die Rassismusfrage, Pennsylvania und die Entscheidung Anfang Mai

Nach den allseits erwarteten deutlichen Siegen *Obamas* in Wyoming und Mississippi war es der Rassismusfrage, unterschiedlich auch der mit ihr verbundenen Feminismusfrage vorbehalten, die Wahlkampfthemen der kommenden zwei Monate bis zu den Vorwahlen in North Carolina und Indiana zu dominieren. Am 12. März griffen die Medien Beschwerden des *Obama*-Teams auf, das Äußerungen von *Geraldine Ferraro*, 1984 erste weibliche Vizepräsidentschaftskandidatin in den USA und in diesem Wahlkampf Spendensammlerin für *Hillary Clinton*, als „ungeheuerlich“ gebrandmarkt hatte. Sie hatte einer Zeitung gegenüber erklärt: „Wenn *Obama* ein weißer Mann wäre, wäre er nicht in dieser Position. Und er wäre es auch nicht, wenn er eine Frau gleich welcher Hautfarbe wäre. Zufällig hat er sehr viel Glück, der zu sein, der er ist. Und das Land ist verfangen in dem Konzept.“<sup>53</sup> *Ferraro* hatte damit im Prinzip nichts anderes gesagt als *Bill Clinton* im Wahlkampf vor South Carolina; sie brachte zum Ausdruck, was viele ältere Angehörige der Frauenbewegung dachten, nachdem *Clinton*s „Frontrunner“-Status nach Iowa zerronnen war: dass Frauen (gleich welcher Hautfarbe) nach wie vor stärker benachteiligt seien als Männer jeder Hautfarbe. Auch *Gloria Steinem*, Ikone der amerikanischen Frauenbewegung, hatte wenige Tage nach Iowa argumentiert, dass Frauen nie „Frontrunner“ sein könnten, „weil Sexismus immer noch mit der Natur verwechselt wird wie einst der Rassismus“<sup>54</sup>.

In welche Schwierigkeiten diese Argumentation führt, zeigt der Vergleich mit einem Meinungsbeitrag, den dieselbe Autorin ein Jahr zuvor geschrieben hatte, als *Clinton* noch „Frontrunner“ war. Damals hatte *Steinem* die Frage, ob Frauen oder Schwarze stärker benachteiligt seien, als „dumm und destruktiv“ erklärt. Dumm sei sie, weil simple Gruppenidentität nichts darüber aussage, welche Interessen einer oder eine repräsentiere. Destruktiv sei die Frage, weil sie entzweidend sei – und weil Frauen aller Hautfarben und schwarze Männer historisch am meisten bewirkt hätten, wenn sie Seite an Seite in einer Koalition der Progressiven gekämpft hatten.<sup>55</sup> Bemerkenswert ist, dass *Steinem*, *Bill Clinton* und *Ferraro* diese Dummheit trotzdem beginnen. In freundlicher Interpretation bedeutet dies, dass auch Berufspolitiker Menschen sind und in diesem Fall gar nicht merkten, wie ihre Behauptung, dass *Obama* seinen Erfolg der Hautfarbe zu verdanken habe, der von Rassisten ähnelte. Weniger freundlich interpretiert hieße es: *Bill Clinton* und *Ferraro* beginnen diese „Dummheit“ bewusst und vielleicht sogar in Absprache mit *Hillary Clinton*s Wahlkampfstab, um weiße Wähler, denen die Bevorzugung von Schwarzen (etwa durch „Affirmative Action“) schon lange ein Dorn im Auge war, zu mobilisieren. *Obamas* Wahlkampfteam und manche Schwarze, die der *Clinton*-Kampagne eine subtile rassische Tönung vorwarfen, bevorzugten offenbar die zweite Deutung.

53 Zitiert bei *Katherine Q. Seelye / Julie Bosman*, Ferraro's Obama Remarks Become Talk of Campaign, in: The New York Times vom 12. März 2008.

54 *Gloria Steinem*, Women Are Never Frontrunners, in: The New York Times vom 8. Januar 2008.

55 *Gloria Steinem*, Right Candidates, Wrong Questions, in: The New York Times vom 7. Februar 2007.

*Clinton* hatte die Äußerungen *Ferraros*, die von ihrem Finanzausschuss zurücktrat, kaum zurückgewiesen<sup>56</sup>, als Videos von *Obamas* langjährigem Chicagoer Pastor *Jeremiah Wright* in den Medien auftauchten. *Wright* hatte *Obama* vor 20 Jahren zum Eintritt in seine Kirche, die evangelisch-reformierte „Trinity United Church of Christ“, bewogen, hatte *Michelle* und *Barack Obama* verheiratet sowie ihre beiden Töchter getauft. Die Bilder, die nun in Endlosschleifen im Fernsehen und im Internet zu sehen waren, zeigten einen zornigen Prediger, der die amerikanische Regierung für den Rassismus, für die „Erfindung“ von AIDS als „Instrument des Völkermords an den Schwarzen“ und für die Unterstützung von „Staatsterrorismus“ verdammt.<sup>57</sup>

*Obama* distanzierte sich in einer Presseerklärung von den „aufrührerischen und entsetzlichen“ Äußerungen seines inzwischen pensionierten Pastors.<sup>58</sup> Am 18. März stellte er in seiner mittlerweile berühmten Rede über die Rassenfrage klar, dass *Wrights* Worte „sowohl die Größe als auch die Güte unserer Nation verunglimpften“, dass sie, indem sie weißen Rassismus als endemisch ansähen, „eine hochgradig verzerrte Sicht dieses Landes“ darstellten, somit „nicht nur falsch, sondern entzweidend“ seien. Trotz dieser inhaltlichen und politischen Abgrenzung von seinem Pastor hielt er aber persönlich noch zu ihm, betonte seine herausragenden Leistungen als amerikanischer Soldat, Priester und Wohltäter. *Obamas* Anliegen war es, Brücken zu schlagen. Er zeigte sowohl Verständnis für den Zorn von Schwarzen der Generation *Wrights* als auch für weiße „Reagan-Demokraten“, die aus Angst und Wut über schwarze Gewaltkriminalität, über „Welfare Queens“ oder „Affirmative Action“ zu den Republikanern gewechselt waren. Und er warb dafür, nicht nur die negativen Seiten des Rassismus zu sehen, sondern auch die Fortschritte, die Amerika schon gemacht hatte. „Das wahre Genie dieser Nation“ sei, so *Obama*: „Amerika kann sich ändern.“<sup>59</sup>

*Obamas* Rede kam zwar in der Öffentlichkeit gut an; ihre Wirkung ging jedoch im Hagen negativer Presseberichte, die sich im März und April häuften, weitgehend unter. *Wright*, *Ayers* und auch *Farrakhan* hinterließen Spuren auf seiner bislang weißen Weste. Auch *Clinton* geriet Ende März kurzzeitig in Schwierigkeiten, als sich ihre Erzählung, sie sei 1996 als First Lady in Bosnien unter Heckenschützenbeschuss gelandet, als maßlos übertrieben herausstellte.<sup>60</sup> Das war für sie auch deshalb ein Problem, weil sie ohnehin in Umfragen immer als weniger ehrlich und vertrauenswürdig als ihr Kontrahent eingestuft wurde. Nachdem sie ihren Fehler eingestanden hatte, ging sie jedoch schnell wieder in die Offensive. So kritisierte sie *Obamas* Verbindungen zu einem wegen Betrugs angeklagten (und wenig später verurteilten) Chicagoer Geschäftsmann, der ihn zu Beginn seiner politischen

56 Vgl. *Joyce Purnick*, Ferraro Is Unapologetic for Remarks and Ends her Role in Clinton Campaign, in: The New York Times vom 13. März 2008.

57 *Brian Ross / Rehab El-Buri*, Obama's Pastor: God Damn America, U.S. to Blame for 9/11, in: ABC News vom 13. März 2008, <http://abc.news.go.com/print?id=4443788> (Abruf am 20. Februar 2009).

58 Abgedruckt von Fox News, 14. März 2008, <http://www.foxnews.com/politics/elections/2008/03/14/raw-data-obamas-statement-condemning-his-pastors-controversial-sermons/> (Abruf am 20. Februar 2009).

59 *Barack Obama*, Speech on Race, Philadelphia, 18. März 2008, <http://www.nytimes.com/2008/03/18/us/politics/18text-obama.html> (Abruf am 17. Februar 2009). Das Video der Rede ist zu sehen auf: <http://www.youtube.com/watch?v=pWe7wTVbLUU> (Abruf am 20. Februar 2009).

60 Vgl. *Patrick Healy / Katherine Q. Seelye*, Clinton Says She 'Misspoke' About Dodging Sniper Fire, in: The New York Times vom 25. März 2008.

Karriere als Spendensammler unterstützt hatte.<sup>61</sup> Vor allem aber stürzte sie sich auf eine Äußerung: *Obama* hatte Anfang April auf einem Fundraising-Dinner in San Francisco über die ökonomischen Beschwernde von Kleinstädtern in Pennsylvania räsoniert und Verständnis dafür gezeigt, dass „sie bitter werden, sich an Waffen oder Religion oder [...] einwandererfeindliche Gefühle klammern“. Das Wahlkampfteam  *Clintons* (und auch dasjenige *John McCains*) nutzte diese Passage, um *Obama* elitäre Ansichten vorzuwerfen, die „nicht die Wert- und Glaubenshaltungen von Amerikanern widerspiegeln“. Genussvoll führte *Clinton* auf Wahlkampfveranstaltungen in Indiana aus, dass die Gläubigen, die sie kenne, nicht aus Armut oder Bitterkeit religiös seien, „sondern weil sie spirituell reich sind“<sup>62</sup>.

*Clinton* stimmte sich in diesen Wochen mit beinahe allen Mitteln gegen die drohende Niederlage. In der letzten Fernsehdebatte des Vorwahlkampfes in Philadelphia (Pennsylvania) am 16. April 2008 machte sie – manche meinten, mit tatkräftiger Unterstützung der Fernsehmoderatoren *George Stephanopoulos* und *Charles Gibson* – die oben behandelten persönlichen Attacken auf *Obama* erneut zum Thema, um dessen Wählbarkeit in einer Hauptwahl anzuzweifeln.<sup>63</sup> Am 20. April kam sie mit ihrem „Kitchen“-Werbespot heraus, in welchem sie Pearl Harbour, *Osama bin Laden* und *Harry S. Truman*s Ausspruch „If you can't stand the heat, get out of the kitchen“ bemühte, um ihren Anspruch zu untermauern, dass allein sie das Zeug zur Oberkommandierenden in krisengeschüttelten Zeiten habe.<sup>64</sup>  *Clintons* „Negative Campaigning“ wurde zwar vielfach als unfair kritisiert, auch von den Wählern so registriert<sup>65</sup>; dennoch war sie damit in Pennsylvania erfolgreich und gewann mit zehn Prozentpunkten Vorsprung vor *Obama* deutlich. In Indiana dagegen besiegte sie ihn mit 51 zu 49 Prozent nur denkbar knapp (siehe Tabelle 2) – und das trotz der Hilfe, die ihr Pastor *Jeremiah Wright* mit einer skurrilen Medienoffensive Ende April, in der er seine umstrittenen Äußerungen noch einmal bekräftigte, angedeihen ließ. *Obama* brauchte einige Tage, bis er die persönliche Enttäuschung durch *Wright* überwunden hatte und schließlich auch die persönlichen Beziehungen zu seinem früheren Pastor kappte.<sup>66</sup>

*Clintons* hauchdünner Sieg in Indiana war zu wenig, um das Ruder noch herumzureißen. Da *Obama* gleichzeitig in North Carolina deutlich gewann, konnte er seinen Vorsprung bei den Delegierten weiter ausbauen. Für *Clinton* bestand nun keine Chance mehr, in den restlichen Vorwahlen bis zum 3. Juni den Delegiertenvorsprung *Obamas* wettzumachen – zumal die Superdelegierten von ihrem „Negative Campaigning“ eher abgeschreckt

61 Vgl. *Catrin Einhorn / Susan Saulny*, Ex-Obama Fund-Raiser Is Convicted of Fraud, in: The New York Times vom 5. Juni 2008.

62 Zitiert bei *Katherine Q. Seelye / Jeff Zeleny*, On the Defensive, Obama Calls His Words Ill-Chosen, in: The New York Times vom 13. April 2008.

63 Vgl. PEJ Campaign Coverage Index: April 14-20, 2008, <http://journalism.org/print/10720> (Abruf am 12. Februar 2009).

64 Vgl. The New York Times, The Ad Campaign, <http://video.nytimes.com/video/playlist/politics/the-ad-campaign/1194811622223/index.html> (Abruf am 24. Februar 2009). Siehe auch das New York Times Editorial vom 23. April 2008 unter dem Titel „The Low Road to Victory“.

65 Die Wahltagsbefragungen in Pennsylvania, North Carolina und Indiana ergaben durchgängig, dass Zweidrittel aller Wähler fanden, *Clinton* attackiere unfair. Von *Obama* meinten dies in allen drei Staaten weniger als die Hälfte. Vgl. <http://edition.cnn.com/ELECTION/2008/primaries/results/epolls/index.html> (Abruf am 1. Dezember 2008).

66 Vgl. PEJ Campaign Coverage Index: April 28 – May 4, 2008, <http://journalism.org/print/10928> (Abruf am 12. Februar 2009); *Michael Powell / Jodi Kantor*, A Strained Wright-Obama Bond Finally Snaps, in: The New York Times vom 1. Mai 2008.

wurden und nach dem 6. Mai ihren Wechsel in das Lager *Obamas* noch einmal beschleunigten.<sup>67</sup> *Clinton* gewann zwar noch in West Virginia (13. Mai), Kentucky (20. Mai), Puerto Rico (1. Juni) und South Dakota (3. Juni), *Obamas* Vorsprung in der inoffiziellen Delegiertenzählung aber hielt (siehe Tabelle 5). *Clinton* brauchte eine Weile, diese Situation anzuerkennen. Einerseits ist dies verständlich, denn sie hatte seit Anfang März mehr Vorwahlen und auch mehr gebundene Delegierte gewonnen als ihr Kontrahent. Andererseits hatte ihre Niederlage bei den gebundenen Delegierten im Prinzip aber schon seit Mitte Februar festgestanden. Von da an hätte sie nur noch gewinnen können, wenn die Superdelegierten sich für sie entschieden hätten. Besonders bitter musste für sie die Erkenntnis sein, dass es ausgerechnet das ursprünglich für sie fest verbuchte Parteiestablishment war, das ihre Niederlage besiegelte.<sup>68</sup>

## 7. Fazit und Ausblick: Reform des Nominierungsverfahrens nötig

Der Sieg *Barack Obamas* über die ursprüngliche Favoritin des Demokratischen Establishments kam überraschend, aber nicht so überraschend, dass er die Rede von einem innerparteilichen Aufstand rechtfertigte.<sup>69</sup> *Obama* war kaum weniger als *Hillary Clinton* ein Angehöriger des Parteiestablishments – und nach allen Regeln der unsichtbaren Vorwahlen standen seine Aussichten auf einen Sieg in der Demokratischen Vorwahl von vornherein kaum weniger günstig als die seiner Kontrahentin. Angesichts des privilegierten Status' beider Kandidaten fällt es schwer, für Erfolg oder Misserfolg mehr oder weniger subtile Rassismen oder Sexismen verantwortlich zu machen. Dennoch haben beide ohne Frage in verschiedenen Stadien des Auswahlprozesses jeweils unterschiedliche Wirkungen entfaltet: Die Kandidatur *Obamas* wurde am Anfang vor allem durch den „Rassismus in den Köpfen“ der älteren Schwarzen-Politiker behindert, die sich einen schwarzen Präsidenten nicht vorstellen konnten und einer „rassentranszendierenden“ Kandidatur im Stile *Obamas* zudem skeptisch gegenüberstanden. Nach *Obamas* Sieg im weißen Iowa änderte sich die Denkweise dieser schwarzen Polit-Patriarchen, die aber vielfach erst von ihren Wählern zur Unterstützung *Obamas* gebracht werden mussten. Nachdem dieser den Widerstand der älteren Generation schwarzer Politiker und Prediger gebrochen hatte, ohne ihnen politisch nachzugeben, war seine Hautfarbe im Grunde nur noch ein Vorteil für ihn. Er konnte nun der politische Held aller Schwarzen und auch vieler Weißen sein, die in ihm einen idealen Vertreter des besseren Amerikas sahen. *Clinton* konnte *Obama* nicht an seinen Schwachstellen angreifen, seiner mangelnden (außen)politischen Erfahrung oder seinem jugendlichen Alter, ohne als unfair oder von manchen gar als subtil rassistisch bezeichnet zu werden.

Die Kandidatur  *Clintons* litt vergleichsweise stärker unter dem Sexismus der amerikanischen Gesellschaft als die Kandidatur *Obamas* unter ihrem Rassismus. Bei *Clinton* fing das

67 Vgl. *Patrick Healy*, Superdelegates Unswayed by Clinton's Attacks, in: The New York Times vom 18. April 2008; *Mark Leibovich / Kate Zernike*, Ruthlessness and Grit Seen in Clinton's Style, in: The New York Times vom 5. Mai 2008.

68 Vgl. *Katharine Q. Seelye*, For Clinton, A Key Group Didn't Hold, in: The New York Times vom 5. Juni 2008.

69 So aber *Martin Walker*, The Year of the Insurgents: the 2008 US Presidential Campaign, in: International Affairs, 84. Jg. (2008), H. 6, S. 1095 – 1107.

schon mit ihrem „Altlästen-Problem“ an: Ihre Ablehnungsraten von weit über vierzig Prozent veranlassten *George W. Bushs* ehemaligen Wahlkampfstrategen *Karl Rove* bereits im Sommer 2007 dazu, von einer „tödlich beschädigten Kandidatin“ zu sprechen.<sup>70</sup> Während *Bill Clintons* Popularität unter keinem seiner zahlreichen moralischen Fehlritte dauerhaft litt, hielt sich von *Hillary Clinton* über die Jahre hinweg in weiten Teilen der amerikanischen Gesellschaft ein bemerkenswert konstantes Meinungsbild, das sie als keifende, machtbewusste, es mit der Wahrheit nicht so genau nehmende „Emanze“ wahrnahm. Ihr Sympathie- und Glaubwürdigkeitsproblem rührte im Prinzip aus dem Wahlkampf 1992 her, als sie den Republikanischen Parteistrategen aufgrund ihrer erfolgreichen beruflichen Karriere und ihrem Anspruch, auch als First Lady politisch Einfluss nehmen zu wollen, wie eine „Radikalfeministin“ erschienen war. Ihr Scheitern bei der Gesundheitsreform konnte auch dem „Rückschlag des Patriarchats“ zugeordnet werden.<sup>71</sup> Seit Anfang der 1990er Jahre verbesserte sich *Clinton*s unvorteilhafte Wahrnehmung durch die amerikanische Gesellschaft kaum – ein Produkt unterschwelliger patriarchalischer Rollenzuweisungen, aber auch wenig subtiler, zum Teil sogar sehr unverblümter Skizzierungen *Clinton*s durch die Medien, allen voran der Matadore der konservativen Radio- und Fernseh-Talk Shows.<sup>72</sup>

*Clinton*s Vorwürfe an die Medien, sie gegenüber ihrem Kontrahenten *Obama* zu benachteiligen, hatten ohne Frage bis in den Februar 2008 hinein ihre Berechtigung. Danach setzte jedoch eine Selbstkritik der Medien ein, die *Obama* in den entscheidenden Monaten von Mitte Februar bis Mitte Mai erheblich kritischer unter die Lupe nahmen. Dennoch konnte *Clinton* sich anscheinend von der Vorstellung, benachteiligt zu werden, den gesamten Wahlkampf hindurch nicht freimachen. Auch dieses, im Vergleich zu ihrem Kontrahenten deutlich stärker ausgeprägte Selbstmitleid dürfte zu ihrer Niederlage beigetragen haben. *Clinton* hatte ein spürbar angespannteres Verhältnis zu ihrer Identität als Frau denn *Obama* zu seiner Identität als Schwarzer. Dies einem im Vergleich zum Rassismus gesellschaftlich viel weniger tabuisierten Sexismus zuzuschreiben, dürfte indes nicht allzu weit führen. Ein Großteil der Verantwortung lag auch bei *Clinton* selbst, die ihr weibliches Geschlecht offenbar viel weniger mit dem Amt des Präsidenten in Einklang bringen konnte als *Obama* die Tatsache seiner Hautfarbe. Dass *Clinton* ihr Heil in einer „Masculine-gendered Campaign“ suchte – ironischerweise auf Anraten ihres Mannes und ihres „Chefstrategen“ *Mark Penn* –, dass sie auch auf aggressives „Negative Campaigning“ setzte, schadete ihr am Ende mehr, als dass es ihr nutzte. Die Wähler mochten ihr diese Strategie zwar teilweise abkaufen; die Mehrheit der Superdelegierten, die faktisch über den Demokratischen Präsidentschaftsbewerber entschieden, verärgerte es jedoch.

Für die Superdelegierten kam es darauf an, wen sie als den besseren Kandidaten ihrer Partei ansahen – denn von seinen Erfolgsaussichten in der Hauptwahl würden auch ihre Chancen bei den Wahlen zum Kongress, zum Gouverneur oder zu den einzelstaatlichen Legislativen abhängen. Es waren vielfältige Kalküle, weshalb die Superdelegierten lieber mit *Barack Obama* an der Spitze des Demokratischen Tickets in den Wahlkampf ziehen wollten als mit *Hillary Clinton*: Er repräsentierte den Neuanfang besser als sie; er war jung, telegen

70 Zitiert bei *Ryan Lizza*, The Legacy Problem, in: The New Yorker vom 17. September 2007.

71 Vgl. *Susan Faludi*, Backlash. The Undeclared War Against American Women, New York 1991.

Zu *Clinton*s Rückblick auf diese Zeit siehe *Hillary Rodham Clinton*, Gelebtes Leben, München 2003, S. 146 – 208.

72 Vgl. Project for Excellence in Journalism (PEJ), a.a.O. (Fn. 13), S. 11 – 16.

und inmitten seiner Bilderbuchfamilie geradezu die Verkörperung des „Amerikanischen Traums“; er schleppte keine „Altlasten“ mit sich herum; er war in seinen programmatischen Entwürfen unspezifisch genug, um gleichermaßen progressiv wie pragmatisch erscheinen zu können; er war der bessere, charismatischere Redner (sie jedoch die bessere Debattiererin<sup>73</sup>); er hatte sich als genialer, strategisch planender Wahlkämpfer bewiesen (sie eher als eine etwas chaotische Leiterin ihres Wahlkampfstabes); er hatte *Clinton* beim Spendensammeln übertroffen; und er hatte neue Wählergruppen – vor allem junge Wähler und Unabhängige – für die Demokratische Partei mobilisiert. Der stärkere Enthusiasmus seiner Anhänger war von den Superdelegierten bei ihrer Entscheidung ebenfalls in Rechnung zu stellen. Eine Entscheidung für *Clinton* hätte die Partei vor eine größere Zerreißprobe gestellt, als es die Entscheidung für den im Mitgliederzuspruch hauchdünn führenden *Obama* tat.

Diese Gefahr der Zerreißprobe wurde in der Hitze des Gefechts von interessierter Seite durchaus auch übertrieben dargestellt, um *Clinton* frühzeitig zur Aufgabe zu bewegen. Die Partei hätte jedoch mit beiden Kandidaten leben können; und sie hätte mit *Clinton* ebenso gewonnen wie mit *Obama*.<sup>74</sup> Der historische Wettbewerb um die Demokratische Präsidentschaftskandidatur 2008 hat die Partei nicht zerrissen, sondern vielmehr zu ihrer Konsolidierung beigetragen. Die Beteiligung an den „Primaries“ und „Caucuses“ der Demokraten erreichte mit knapp 20 Prozent der Wahlberechtigten den höchsten Wert seit 1972.<sup>75</sup> Als Folge stieg auch die Wählerregistrierung der Demokraten von geschätzten 36,8 Prozent im Jahre 2004 auf 38,2 Prozent 2008 an. Da die Republikaner leicht einbüßten, legten die Demokraten in ihrem Nominierungswettbewerb den Grundstein für ihren späteren Wahlerfolg.<sup>76</sup> Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Verfahren der Kandidatennominierung angesichts des „Frontloading“ dringend einer Reform bedarf, die jedoch nur Erfolgsaussichten hat, wenn die einzelstaatlichen Parteien von ihren nationalen Organisationen zur Räson gebracht werden können. Ohne Eingriff des Bundesgesetzgebers wird dies jedoch kaum gelingen.<sup>77</sup>

73 So auch *James Fallows*, Rhetorical Questions, in: The Atlantic Online vom September 2008, der alle 26 Demokratischen Fernsehdebatten gesehen hat, <http://www.theatlantic.com/doc/print/200809/fallows-debates> (Abruf am 16. Februar 2009).

74 Vgl. ausführlicher *Patrick Horst*, a.a.O. (Fn. 1), S. 122 – 128.

75 An den Republikanischen Vorwahlen beteiligten sich knapp elf Prozent der Wahlberechtigten; auch insgesamt erreichte die Wahlbeteiligung mit 30,3 Prozent den höchsten Stand seit 1972. Siehe CSAE (Center for the Study of the American Electorate), The Primary Turnout Story, Washington D.C., 1. Oktober 2008, [http://www.american.edu/media/electionexperts/2008%20Primary%20Turnout\\_Final.pdf](http://www.american.edu/media/electionexperts/2008%20Primary%20Turnout_Final.pdf) (Abruf am 26. Februar 2009).

76 Vgl. CSAE, Moderate Registration Increase Propels New Record, Washington D.C., 2. November 2008, [http://www.american.edu/media/electionexperts/Voter%20Registration\\_08.pdf](http://www.american.edu/media/electionexperts/Voter%20Registration_08.pdf) (Abruf am 26. Februar 2009).

77 Siehe dazu die Beiträge des Symposiums „Reforming the Presidential Nomination Process“, in: Political Science & Politics, 42. Jg. (2009), H. 1, S. 27 – 78.